



Innerhalb der EU leben 156 ethnische und nationale Minderheiten, jeder 7. Europäer bekennt sich zu einer Minderheit; doch in Europa ist die Existenz dieser enormen kulturellen Vielfalt ein »gut gehütetes Geheimnis«.

Der Nordschleswiger stellt in loser Folge die Minderheiten Europas und besondere Minderheitenthemen vor.

*Text & Redaktion:
[an Diedrichsen*

FUEV-Kongress zur Fußball-WM

Auf Initiative der Veranstalter vor Ort findet zum FUEV-Kongress eine WM-Veranstaltung statt | Kultureller Reichtum in den Mittelpunkt

Bautzen/Budysin jd. Der Beginn der Fußballweltmeisterschaft wird mit Spannung erwartet. Deutschland will die Chance nutzen, um sich der Welt von seiner besten Seite zu zeigen. Das Motto einer millionenschweren Werbe- und Imagekampagne lautet daher »Deutschland - Land der Ideen«.

Auf Initiative der sorbischen Minderheit in der Lausitz werden auch Europas Minderheiten im Rahmen der Weltmeisterschaft in den Mittelpunkt gerückt. Nämlich am 27. Mai, wenn der Nationalitätenkongress der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) bei den Sorben in Bautzen zu Gast sein wird.

Die Domowina - der Dachverband der Lausitzer Sorben - hat sich beim Fußball-WM-Organisationskomitee beworben und ist einer der Veranstalter, die als Austragungsort der Kampagne »365 Orte im Land der Ideen« ausgewählt wurden. An dem FUEV-Kongresstag erhalten die Minderheiten Europas die Möglichkeit, sich einem

Deutschland Land der Ideen



breiten Publikum vorzustellen. In der schönen Stadt Bautzen sind gleich mehrere Veranstaltungen geplant, die die Minderheiten in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken sollen.

Unter anderem konnte die renommierte Wochenzeitung »Die Zeit« als Medienpartner gewonnen werden und berichtet in einer Serie über die Veranstaltungen der Kampagne.

Die Minderheitenorganisation Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) und der sorbische Dachverband »Domowina« hatten zwar bereits im vergangenen Sommer beim Minderheitenbeauftragten Hans-Peter Kemper die Anfrage gestellt, ob die Minderheiten nicht am Eröffnungsprogramm der Weltmeisterschaft teilnehmen könnten, um so die kulturelle Vielfalt Deutschlands und Europas darzustellen, doch dies scheint nicht geglückt zu sein. Nichtsdestotrotz sind die Veranstalter des FUEV-Kongresses in Bautzen dennoch hoch erfreut, als »kultureller Austragungsort« der Fußballweltmeisterschaft berücksichtigt worden zu sein.

Über 1.200 Veranstalter hatten sich im Vorfeld um die Teilnahme beworben. Ausgewählt wurden nur 365.

www.land-der-ideen.de
www.domowina.de



Brüssel, jd. Das Europaparlament hat es - auf Vorlage des Berichterstatters Michl Ebener (Südtirol) - mit überwältigender Mehrheit gefordert. In einer Machbarkeitsstudie - in Auftrag gegeben von der EU-Kommission - wurde es von einer Zweidrittelmehrheit aller befragten Experten ebenfalls gefordert. Die Rede ist von der Etablierung einer europäischen Sprachenagentur, die sich unter anderem um die Förderung der Regional- und Minderheitensprachen in der EU kümmern soll.

Bekanntlich laufen die EU-Förderprogramme 2007 aus und eine Neustrukturierung der Sprachenförderung muss dringend geregelt werden. Über ein Jahr hat alles gespannt auf die Antwort der EU-Kommission - gewartet. Nun hat der verantwortliche Kommissär Jan Figel in einer sog. Rahmenstrategie über das »Sprachenlernen und die Sprachenvielfalt« Antwort gegeben.

Die Regional- und Minderheitensprachen finden hier nur wenig Beachtung; vor allem die Sprachvielfalt als wirtschaftlicher Faktor wird im Rahmen der sog. Lissabon-Strategie der EU betont.

Der Idee einer Sprachenagentur wird dahingegen eine klare Absage erteilt. Man bevorzugt vielmehr die »Stärkung bestehender Netzwerke und eine Integration der Minderheitensprachförderung in die künftigen Finanzprojekte« der Europäischen Union ab 2007.

www.europa.eu.int/languages

Minderheitenrat zieht »durchwachsene« Bilanz

Europarat prüft Minderheitensituation | Rat lobt Arbeit des Minderheitenbeauftragten Hans-Peter Kemper | Kritik an Situation in den Bundesländern

Berlin, jd. Eines der umfassendsten Minderheitenschutzdokumente in Europa ist das »Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten« des Europarates. Neben Dänemark hat sich unter anderem auch die Bundesrepublik Deutschland durch die Ratifizierung des Abkommens zur Unterstützung der nationalen Minderheiten verpflichtet. Ein sog. Beratender Ausschuss des Europarates überwacht die Einhaltung des Übereinkommens, unterbreitet Vorschläge und spricht Probleme an.

Dänemark hat jüngst eine kritische Zwischenbilanz erhalten (*Der Nordschleswiger* berichtete).

Kürzlich waren die Experten in Deutschland zu Gast, um die Lage der vier autochthonen Minderheiten - Friesen, Sinti- und Roma, Dänen und Sorben - unter die Lupe zu nehmen.

Unter anderem wurde auch der Vizepräsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), Hans Heinrich Hansen, von dem europäischen Expertenteam befragt. Anschließend hat sich der Ausschuss auch mit

dem im vergangenen Jahr gegründeten Minderheitenrat der Bundesrepublik Deutschland - dem Zusammenschluss der vier autochthonen Minderheiten und in Berlin am Innenministerium angesiedelt - unterhalten.

In seiner Funktion als neuer Vorsitzender des Rates unterhielt sich Jan Nuck vom sorbischen Dachverband »Domowina« mit den Experten. Jan Nuck hat kürzlich den Ratsvorsitz von dem Vorsitzenden des »Sydslesvigske Forening« (SSF) Dieter Küssner übernommen.

Nuck zog für Deutschland eine durchwachsene Bilanz: »Auf der Bundesebene hat sich seit dem letzten Besuch des Europarates in 2002 einiges zum Besseren gewandelt. So hat die Bundesregierung das Amt eines Minderheitenbeauftragten eingerichtet.«

Nuck hob den positiven Einsatz des Minderheitenbeauftragten Hans-Peter Kemper (SPD) für die Anliegen der heimischen Minderheiten beim Bund hervor. »Darüber hinaus wurden ein Arbeitskreis für Minderheitenfragen beim Bundestag sowie ein Min-

derheitensekretariat eingerichtet. Dadurch sind geeignete Rahmenbedingungen für die konstruktive Weiterentwicklung der Minderheitenpolitik auf Bundesebene geschaffen worden«, lobte Nuck.

hl Bezug auf die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern mussten die Experten des Europarates auch Stillstand und Rückschläge zur Kenntnis nehmen.

Nuck kritisierte im Einzelnen die zahlreichen Beispiele für eine stereotype und diffamierende Berichterstattung über die Roma und

Sinti in den deutschen Medien. Des Weiteren sei der politischen Kultur schwerer Schaden durch das Infragestellen der Wertigkeit der Mandate des SSW im Landtag von Schleswig-Holstein zugefügt worden. Außerdem habe sich an der mangelhaften Grundversorgung der friesischen Volksgruppe in Schleswig-Holstein durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit 2002 nichts geändert. Last but not least kritisieren die Sorben in der Lausitz, dass durch Schulschließungen die Assimilation weiter verstärkt wird.

CHRONIK

Das Ortstafelscheingefecht



Günther Rautz ist Wissenschaftler und Generalsekretär der MIDAS,

Die inzwischen europaweit bekannte Politikposse um das Aufstellen des zusätzlichen zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten geht nach Günther Rautz, Minderheitenexperte der Europäischen Akademie in Bozen und Generalsekretär des Minderheitenzeitungsverbandes MIDAS, Südtirol, in seine letzte Runde:

Vor knapp 35 Jahren schon versuchten der sozialdemokratische Bundeskanzler Kreisky und sein Kärntner Parteikollege Landeshaupmann Sima den

tragne Ortstafelsturm führt zum Rücktritt des Landeshaupmanns.

Grund für die katastrophale Politikperformance des Duos Kreisky/Sima Anfang der siebziger Jahre war eine völlige Fehleinschätzung des Willens der Bevölkerung. Der damals fast allmächtige als Sonnenkönig gefeierte Bruno Kreisky und sein mit absoluter Mehrheit in Kärnten regierender Landeshaupmann wollten ohne Informationskampagnen und ohne Diskussion der

deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung zweisprachige Ortstafeln oktroyieren.

Im Jahr 2006 läuft BZÖ-Landeshaupmann Haider Gefahr, denselben Fehler zu begehen, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen. Im Gegensatz zu 1972 diskutieren seit dem VfGH-Urteil aus 2001 Minderheitenvertreter mit den Heimatverbänden. Bürgermeister der zweisprachigen Gemeinden, Kirche und andere Entscheidungsträger sind bei der Meinungsbildung involviert. Wie nie zuvor ist die Bevölkerung über die rechtliche Situation informiert und schon einige Male war der für alle akzeptable Kompromiss eigentlich bereits zum Greifen nahe.

Doch Landeshaupmann Haider führt mit stillschweigender Zustimmung von Bundeskanzler Schüssel seit 2001 zum Schaden des friedlichen Zusammenlebens beider Sprachgruppen seinen persönlichen beinahe politischen Überlebenskampf. Haider kritisiert

die VfGH Präsidenten Adamovich und Korinek in einer bisher einzigartigen unakzeptablen Art und Weise. Gleichzeitig versuchte er, die Bevölkerung mit einer Volksbefragung und nun mit einer privaten Umfrage zu spalten. Nichtumsetzung von Gerichtsurteilen, Diffamierung eines Höchstgerichts und Drohungen gegen dessen Richter sind einem Rechtsstaat unwürdige und äußerst bedenkliche Ergebnisse. Schließlich soll sogar die so aufgezehrte Bevölkerung, in einem wohl europaweit einzigartigen Schauspiel, über Minderheitenrechte abstimmen.

Schon lange geht es dem Landeshaupmann nicht mehr um zweisprachige Ortstafeln und um das Wohl seiner Landsleute. Einziges Ziel ist die wahlarithmetisch mögliche Chance, den Einzug seiner BZÖ in den Nationalrat bei den bevorstehenden Wahlen zu schaffen. Nur ein Grundmandat im Wahlkreis, dem die zweisprachigen Gemeinden angehören, kann österreichweit Haiders politische

Zukunft sichern.

Doch wie in den siebziger Jahren unter Landeshaupmann Sima liegt bei Haider eine völlige Fehleinschätzung vor, was die Stimmung in der Bevölkerung betrifft. Die Kärntner Bevölkerung ist diesmal vorbereitet und mehrheitlich für zusätzliche Ortstafeln. Die Diskussionskultur zwischen Mehrheit und Minderheit ist trotz politischer Agitation besser als je zuvor. Der EU-Nachbar Slowenien wird nicht mehr als Bedrohung gesehen. Die Anmeldungen zum zweisprachigen Unterricht steigen von Jahr zu Jahr.

Bundeskanzler Schussels zögerliches Verhalten bei der Ortstafelfrage ist wohl politisches Kalkül. Schafft Haider das Grundmandat bleibt dem Bundeskanzler die BZÖ als kleiner einflussloser Koalitionspartner erhalten. Schafft Haider es nicht, so kann sich Schüssel den persönlichen Sieg auf die Fahnen heften, das politische Phänomen Haider scheinweise demonstriert zu haben.

www.midass-press.org

Eblul ohne Förderung?

Brüssel, jd. Das europäische Sprachenbüro - European Bureau for Lesser-Used Languages (Eblul) befindet sich seit längerem in einer finanziell schwierigen Situation (*Der Nordschleswiger* berichtete). Die Finanzkürzungen durch die Europäische Kommission stellen die weitere Arbeit der Minderheiten-Organisation in Frage.

Wie *Der Nordschleswiger* erfuh, hat die EU-Kommission die Förderung des Eblul für 2006 bislang noch nicht genehmigt und die Zahlungen für 2005 stehen weiter aus.

Unter anderem hat die Krise des Vereins zur Folge, dass die beiden Mitarbeiter der Nachrichtenagentur »EuroLang« entlassen werden mussten.

Ob die Arbeit auch ohne finanzielle Förderung der Europäischen Kommission, auf deren Anregung das Eblul gegründet wurde, weiter bestehen kann - bleibt ungewiss.

www.eblul.org